

mittendrin

Ausgabe 02 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Linke in Mitte setzt sich verstärkt für Mieterrechte ein

Der drastische Mietanstieg gerade in Berlins Mitte und die Auseinandersetzungen um Verdrängung haben die Wohnungsfrage zurück in die politischen Debatten und auf die Straße gebracht. Existenzielle soziale Bedürfnisse prallen gegen knallharte ökonomische Interessen, wie die neuesten Studien zur Wohnraumversorgung in Berlin nur allzu deutlich zeigen.

In dieser Situation hat sich der Bezirksverband Mitte der Linken entschlossen, die politischen Auseinandersetzungen um Mietanstieg und Gentrifizierung auch über eine gemeinsame Arbeitsgruppe Wohnen zu unterstützen.

Die Gruppe, an der unter anderen auch unser erfolgreicher Spitzenkandidat der letzten Berliner Wahlen, Steve Rauhut teilnimmt, wird alle 14 Tage im Karl-Liebnecht-Haus tagen. Die Teilnehmer aus allen Ortsteilen des Bezirks Mitte waren sich mit Steve Rauhut einig, dass besonders die konkreten Probleme - bishin zur Behebung akuter Notsituationen und zu

„Mietenfeuerwehr-Aktionen“ - beraten werden sollten. Weitere Teilnehmer sind übrigens herzlich eingeladen.

Kathi Mayer (Linksfraktion der BVV Mitte) erwähnte einige konkrete Problemhäuser in Mitte, unter anderen das mehrfach sanierte Eckhaus Amsterdamer/Malplaquetstraße im Wedding, über das auch in der „mittendrin“-Ausgabe vom Januar berichtet worden ist. Neuester Stand der Entwicklung ist, dass der Käufer des Hauses die „Abwendungsvereinbarung“ (die garantieren soll, dass keine besonders teuren Modernisierungen im Milieuschutzgebiet durchgeführt werden) unterschrieben hat, so dass kein Vorkauf des Bezirks möglich ist. Die Frage dabei ist nur, wer die Einhaltung dieser Vereinbarung kontrolliert!

Die Bezirks-Arbeitsgruppe war sich auch darin einig, dass gerade bei Praxisorientierung durchaus Hintergrundwissen vonnöten sei; wie soll man sonst beispielsweise „Haustürgespräche“ oder andere Diskussionen erfolg-



Illustration: image-shift.net

reich und überzeugend führen? Zu diesem Zweck war schon bei der Vorbereitungsrunde vorgeschlagen worden, sich mit der sehr informativen Broschüre „Muss Wohnen immer teurer werden? Mythen und Behauptungen über Wohnen, Miete, Kaufen.“ (Rosa Luxemburg Stiftung, auch online) von Andrej Holm

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wer kennt sich eigentlich in unserem Bezirk aus?

Mitte ist bunt und vielfältig. Kennt ihr euch aus? Orlando El Mondry glaubt nicht, dass ihr erratet, von welchem Standort sein Foto „geschossen“ wurde. Er setzt ein professionelles Fotoshooting dagegen. Unter den richtigen Antworten entscheidet das Los.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

1200 Vollzeitstellen Ende 2017 in Kitas unbesetzt

Das ist nur eine der Fragen, die Tom Erdmann Sorgen machen. Er ist Physik- und Mathelehrer, unterrichtete an einer Neuköllner Gemeinschaftsschule. Matthias Herold über einen jungen Mann und dessen Vorstellungen für die Pädagogik des 21. Jahrhunderts.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

In Deutschland leben 860.000 Menschen auf der Straße

Ihre Zahl ist geschätzt, gezählt sind sie nicht - wie auch? Aber jeder hat sie doch schon gesehen in Parks und Hauseingängen, in U-Bahnhöfen, unter Brücken. Tausende sind es in Berlin. Wohnungslosigkeit ist das Einfallstor für diese soziale Schande.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Workshop der LINKEN BERLIN-Mitte zur Programm- und Aktionsentwicklung für 2018

Wenn Du Lust hast, Ideen, Aktionen und Projekte zu entwickeln und zu realisieren, dann komm unbedingt vorbei! Wir werden gemeinsam Brainstormen, Schwerpunkte setzen, diese diskutieren, zusammenfassen und anschließend Aktionsgruppen bilden.

Samstag, 17.02.2017 von 10:00 – 16:00 Uhr

REFO-Campus, Beusselstraße 35 (Eingang Kirche), S-Bahn und TXL Beusselstraße Mehr Seite 8.

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Keine einfachen Lösungen

Berlin wächst. Bezahlbarer Wohnraum muss schnell geschaffen werden. Dazu gehören auch dringend neue Schulen und Kindertagesstätten. Grün- und Sportflächen, Gesundheits- und Kultureinrichtungen müssen erhalten und ausgebaut werden.

In einem dicht bebauten Innenstadtbezirk wie Berlin-Mitte sind freie Flächen Mangelware. Nutzungskonflikte sind vorprogrammiert. Lösungen, die alle Betroffenen umfassend zufrieden stellen, sind schwer zu finden, oft nicht möglich. In der vergangenen BVV wandten sich die Nutzer*innen des Tennisclubs Berlin-Mitte Albert Gutzmann e.V. mit einer „Einwohneranfrage“ an das Bezirksamt und die Fraktionen, um nach der Zukunft ihres Sportvereins zu fragen. Der Verein leistet im Bezirk seit Jahren eine wichtige Arbeit, sein Sportangebot richtet sich auch an Kinder und Menschen mit Behinderungen. Bisherige Überlegungen des Bezirkes gingen davon aus, das alte Schulgebäude in der Adalbertstraße in unmittelbarer Nachbarschaft zur Sport-

anlage abzureißen und eine neue Schule zu bauen. Nach langen Gesprächen schien es zu gelingen, den Neubau ohne Beeinträchtigung des Sportvereins zu realisieren. Dafür sollte eine Teilfläche von Schule und Sportverein gemeinsam genutzt werden. Doch nun besteht die Möglichkeit den Standort im Rahmen der Schulbauoffensive Berlins anzumelden, wonach der dringend benötigte Schulneubau sehr schnell entstehen soll, aber dafür ein größerer Flächenbedarf notwendig wird. Dass würde bedeuten, die bisher genutzten Tennisplätze zugunsten der Schulfreiflächen aufzugeben und den Vertrag zwischen Sportverein und Bezirk zu kündigen. Was tun? In unserem Bezirk fehlen Schulplätze genauso wie Flächen für öffentliche Sportanlagen. Auf Schulplätze haben die Kinder einen rechtlichen Anspruch. Durch die dramatische Zahl an fehlenden Grundschulplätzen in diesem



Schulneubau oder Tennisplatz?

Bereich des Bezirkes muss die Errichtung einer Grundschule an diesem Standort Priorität haben. Dennoch sollten schnellstens Gespräche zwischen Landes-, Bezirksebene und dem Sportverein stattfinden, um über planerische Varianten konstruktiv und ergebnisorientiert zu verhandeln und nach Kompromissen zu suchen, die dem Schulplatzbedarf im Heine-Viertel und dem Sport gerecht werden.

Thilo Urchs

Blick aus dem Amt

Kinderarmut – was tun?

Studien belegen, was den meisten bekannt ist: Obwohl Deutschland ein wohlhabendes Land ist, gibt es Kinderarmut. Auf Berlin trifft das in besonderer Weise zu, auf den Bezirk Mitte vor allem. Kinder- und Jugendarmut zählen zu den drängenden Problemen des Bezirkes.

Der Anteil der Transferleistungsempfänger*innen unter 15 Jahren ist mit über 45 Prozent an den Einwohner*innen dieser Altersgruppe in Mitte hoch (Quote in Berlin bei ca. 32 Prozent). Mit über 65 Prozent erreicht die Kinderarmut in den Bezirksregionen Osloer Straße und Wedding Zentrum gravierende Höchstwerte. Beim Ausbau von Kitaplätzen, der Stärkung von Jugendfreizeitangeboten und familienunterstützenden Angeboten durch den Bezirk wird dies beachtet.

Bei jugendlichen Erwachsenen zeigt sich, dass der Übergang von der Schule in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse (und damit der Erwerb einer wesentlichen Erwachsenenkompetenz) teilweise nicht wie gewünscht gelingt. Mit der Jugendberufsagentur und den

Jugendberatungshäusern setzt der Bezirk Mitte spezifische Unterstützungsangebote ein.

Alleinerziehende sind überproportional von einem Armutsrisiko betroffen. Ein bezirkliches Netzwerk für Alleinerziehende kann hier z.B. beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit unterstützen und wird entwickelt.

Die materiellen Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, haben nachhaltigen Einfluss auf ihre Lebensumstände und ihre gesellschaftliche Integration als Erwachsene. Oft sind mit einer schwierigen materiellen Situation Einschränkungen in den Bereichen Schule, Bildung, soziale Kontakte, Wohnen und Gesundheit verbunden. Es ist ein gemeinsames Handeln von Land und Bezirken geboten.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag daher vorgenommen gegen Kinderarmut wirksam vorzugehen. Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut hat ihre Arbeit in 2017 aufgenommen. Ich nehme als eine von drei Bezirksvertreterinnen teil, um Maßnah-

men auf der Basis bezirklicher Erfahrung zu Wirksamkeit und Umsetzung zu entwickeln. In den Bereichen Gesundes Aufwachsen, Bildung und Teilhabe sowie existentielle Sicherung wurden ressortübergreifend Handlungsfelder und mögliche Maßnahmen identifiziert. Diese reichen von besseren Ausbildungszugängen und Kinderbetreuung für Alleinerziehende, über kostenfreies Mittagessen für alle Kinder in Schulen bis zu mehr Familienzentren und Prävention von Wohnungslosigkeit für Familien mit Kindern. Auch politische Forderungen an den Bund, wie die Abschaffung der Anrechnung des Unterhaltsvorschlusses auf Transferleistungen gehören dazu. Fachleute aus verschiedenen Ressorts, Bezirken, Verbänden, Agentur für Arbeit, IHK, Landesarmutskonferenz etc. arbeiten in 2018 weiter. Fachlicher Auftakt war der 19.1.2018. Mitte wird sich weiterhin aktiv einbringen, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im Bezirk nachhaltig verbessern.

Sandra Obermeyer

Kämpfen für eine gesellschaftliche Alternative

Die Bundestagswahl hat die politische Tektonik der Bundesrepublik tief erschüttert: Dramatische Stimmenverluste für die bisherigen Regierungsparteien CDU und SPD, das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokratie seit Gründung der Bundesrepublik und der Einzug der rechtspopulistischen AfD als drittstärkste Partei haben die politische Achse deutlich nach rechts verschoben.

Deutschland erlebt eine bisher unbekannte politische Instabilität: Das Scheitern der „Jamaika“-Verhandlungen und die Zerrissenheit der SPD über eine Neuauflage einer GroKo stehen für die Schwierigkeiten der traditionellen Parteien, eine Regierung zu bilden. Und ob es tatsächlich zu einer neuen GroKo kommt, ist noch ungewiss. Hatten in der Vergangenheit SPD, LINKE und Grüne noch eine rechnerische Mehrheit im Bundestag, erreichen die drei Parteien gegenwärtig zusammen nur noch 38,6 Prozent. Das illustriert einmal mehr die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse.

Sollte eine neue GroKo zustande kommen, steht sie für ein „Weiter so“. Die Sondierungsergebnisse zwischen Union und SPD bedeuten im Wesentlichen eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Daran ändern auch leichte Korrekturen wie z.B. die Wiederherstellung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung nichts. Statt wirkungsvoller Maßnahmen gegen die wachsende Ungleichheit und prekäre Beschäftigung wird der Soli abgeschmolzen und unsichere Midi-Jobs begünstigt. Die CSU setzte ihre Obergrenze für Flüchtlinge durch. Die Klimaschutzziele für 2020 wurden aufgegeben und die deutsche Rüstungsindustrie darf weiter munter in Krisengebiete exportieren.

Der LINKEN muss als konsequente Stimme für soziale Gerechtigkeit und Frieden die Opposition gegen das „Weiter so“ organisieren: gegen wachsende Ungleichheit und Armut, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, für öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, bezahlbare Wohnungen und

mit den Beschäftigten der Krankenhäuser für 100.000 zusätzliche Pflegekräfte, unterstützen die gewerkschaftlichen Kämpfe für eine bessere Bezahlung, gegen Arbeitsplatzabbau wie bei Siemens und für eine neue Arbeitszeitpolitik. Und wir machen deutlich, dass nicht Flüchtlinge die Ur-



Foto: Jakob Huber

Klimaschutz. Und nicht zuletzt gegen eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschottung setzt und ein massenhaftes Sterben im Mittelmeer in Kauf nimmt.

Wir können mit Selbstvertrauen in diese Auseinandersetzung gehen. Wir haben das zweitbeste Wahlergebnis unserer Partei-geschichte erzielt. 2017 sind 8500 neue Mitglieder in DIE LINKE eingetreten, allein in Berlin über 1000. Und wir sind nicht allein: wir kämpfen gemeinsam mit Mieterinterinitiativen gegen Spekulation und Mietwucher,

che für gesellschaftliche Missstände wie Wohnungsnot sind, sondern diejenigen, die Wohnungen zum Spekulationsobjekt gemacht haben. DIE LINKE als Partei in Bewegung zu entwickeln, die aktiv in gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe eingreift und deutlich macht, dass eine andere Politik möglich ist – das ist unsere Aufgabe.

Harald Wolf
Kommissarischer Bundes-geschäftsführer

Fortsetzung von Seite 1: **Linke in Mitte setzt sich verstärkt für Mieterrechte ein**

zu beschäftigen. In dieser Broschüre werden gängige Behauptungen in den gegenwärtigen wohnungspolitischen Auseinandersetzungen auf den Prüfstand gestellt. Können es Private wirklich besser? Muss Neubau immer teuer sein? Schützt uns das Mietrecht vor Verdrängung? Sie soll dabei helfen, die üblichen Argumente für den sogenannten freien Wohnungsmarkt kritisch zu hinterfragen und

den Blick für bedürfnisgerechtere Formen der Wohnungsversorgung zu öffnen. Ein Teilnehmer stellte in diesem Zusammenhang bereits ein neues Mietersyndikatsmodell vor, bei dem die Wohnungen dem Immobilienmarkt entzogen werden können.

Andere Teilnehmer wollen die Inhalte der Arbeitsgruppe direkter auf aktuelle mietenpolitische Auseinandersetzungen beziehen.

Zum Beispiel Themen wie: Bezirkliches Vorkaufrecht, Zweckentfremdungsverbot, Mieterhöhungen bei Modernisierung, Sozialbauförderung und Mietpreisbremse

Rainer Scholz

Mehr unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/37487/muss-wohnen-immer-teurer-werden/>

Menschen in Mitte

Tom Erdmann für starke Schulen in Berlin

Starke Schulen in Berlin ohne drastische Unterschiede in der Qualität zwischen den Stadtbezirken, beispielsweise zwischen Wedding oder Steglitz-Zehlendorf, mit gleichen Bedingungen für die Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft hat Tom Erdmann im Fokus.

„Die 150 Millionen Euro für Bildung und Erziehung im Doppelhaushalt 2018/19 schaffen dafür günstige Voraussetzungen“, erklärt der Personalrat und Vorsitzende des 28 000 Mitglieder zählenden Berliner Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„Im 21. Jahrhundert brauchen wir eine moderne Pädagogik, ausreichend Lehrer und Erzieher, Ganztagschulen, Inklusion, Integration der geflüchteten Kinder“. Der 35-jährige priorisiert dabei die Gemeinschaftsschulen. „Die kommen leider viel zu langsam voran“, kritisiert er. „Das beginnt schon beim Neubau, wenn Grundschulen und Sekundarschulen getrennt projektiert werden“. Sorgen machen ihm ebenso der Lehrkräfte- und der Erziehermangel an den Schulen und Kindertagesstätten. „Trotz guter finanzieller Bedingungen bleibt das ein wichtiges Thema, dessen sich die Bildungsverwaltung unter Sandra Scheeres widmen muss.“ Ende 2017 waren in den Kitas 1200 Vollzeitstellen unbesetzt. An den Schulen müssen Quereinsteiger fehlende Pädagogen ersetzen.

1983 geboren, erlebte Tom Erdmann die schulischen Umbrüche in und nach der „Wende“. In der Bornholmer Grundschule, in der DDR Polytechnische Oberschule, wurde er 1989 noch Jungpionier, machte dann an der Käthe-Kollwitz-Oberschule sein Abitur. Nach einem Jahr Zivildienst beim Internationalen Bund (IB) für schwierige Jugendliche studierte er sechs Jahre an der Humboldt-Universität das Lehramt für Physik und Mathematik. „In dieser Zeit spürte ich schon bei Praktika an der Walter-Gropius-Schule die tiefen Kontraste und Ungerechtigkeiten in unserem Bildungswesen, hatte ich meine Probleme

mit der ‚Heiligen Kuh Gymnasium‘,“, erinnert er sich. Er fand die richtigen Verbündeten, die seine Positionen vertreten. Mit 24 kam Tom zu den Peaceful Streetfighters der DIE LINKE, engagierte sich gleich im Wahlkampf,



Foto: Juliane Schmidt

Vor Ort bei den Lehrern und Erziehern

kämpfte mit Carola Bluhm für die Gemeinschaftsschulen.

Mit über 80 Prozent wieder GEW-Vorsitzender

Seine Pädagogenkollegen haben Vertrauen zu dem jungen Physik- und Mathelehrer an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Neukölln, wählten ihn 2012 zum Personalrat. Bald wird er Pressesprecher und Vorsitzender der GEW Berlin. Seitdem war er bei den Demonstranten auf der Straße, die gleiche Bezahlung der Grundschullehrer in Ost und West oder der Pädagogen an Grundschulen und Gymnasien forderten, kommt beim rbb mit Statements zu aktuellen Ereignissen zu Wort.

„Ich habe mich sehr gefreut, dass ich 2017 mit über 80 Prozent wiedergewählt wurde. Das ist Ansporn für mich, weiter die Finger in der Wunde im Interesse der Kinder, Jugendlichen, Lehrer und Erzieher zu halten,“ betont Tom Erdmann. Noch mehr als früher will er sich vor Ort um die Fragen, Probleme und Sorgen kümmern. Dabei wünschen wir ihm Erfolg.

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

► Deutsche Kindersoldaten

Im vergangenen Jahr traten 2.128 Rekruten, davon 448 Frauen, die noch nicht 18 Jahre waren, bei der Bundeswehr ihren Dienst an. Nach Definition, von Unicef benutzt, handelt es sich um Kindersoldaten „Die Bundeswehr ist, so der ehemalige Bundespräsident Gauck, eine Parlamentsarmee, gebunden an demokratische Werte, Grundgesetz und Soldatengesetze; unter der Befehlsgewalt eines Zivilisten rekrutiert, aus eigenen verantwortlichen Bürgern, die zu kritischen Geistern ausgebildet werden.“ Dass jemand an der Waffe ausgebildet werden kann, aber noch kein Auto fahren darf, leuchtet nicht ein. Es lässt sich dazu nur sagen: „Minderjährige haben beim Militär nichts zu suchen.“

„Der Spiegel“, 13.01.2018

► Vertrauenskrise, sinkende Auflagen - die Medien erleiden Schiffbruch

„Sagen was ist“ hat Rudolf Augstein einmal zum Credo des Spiegels gemacht. Kommen die großen Medien dieser Aufgabe derzeit hinreichend nach? „Die Medien hängen ihr Fähnchen zu sehr in den Wind, dass der Narzissmus eines Ego-Journalismus und moralischer Überschuss an die Stelle der kühlen Berichterstattung getreten seien und den Nachrichtenjournalismus entpolitisiert hätten“, so der Medienwissenschaftler Michael Haller. Die Dinge beim Namen nennen. Wieder sagen was ist. Ein guter Vorsatz für das neue Jahr,

„Cicero“, 21.12.2017

► Nikolaiviertel unter Denkmalschutz

Das Viertel, begrenzt durch Spreeufer, Rathausstraße, Spandauer Straße und Mühlendamm und benannt nach der Nikolaikirche, sei das prominenteste Beispiel einer veränderten Baupolitik der DDR in den 80er Jahren. Es stehe für eine Phase der Rückbesinnung auf die urbanen Qualitäten gewachsener Stadtteile, die in mehreren DDR-Städten erkennbar gewesen sei.

„Der Tagesspiegel“, 18.01.2018

► Der Kampf ums gute Leben

Eine paradoxe Situation. Wir wissen, dass sich in der Welt einiges ändern müsste: Unsicherheit und viele offene Kriege, soziale Spaltung und eine unzureichende Existenzsicherung für viele Menschen hierzulande, Verelendung und Tod in vielen Ländern des globalen Südens. Ökologische Zerstörung, eine scheinbar kaum aufzuhaltende politische Rechtsentwicklung. Andererseits soll es so bleiben wie es ist. Es bedarf einer progressiven Alternative, um drängende Zukunftsfragen anzugehen.

„taz“, 26.12.2017

Kurznachrichten

► **In Deutschland lebten Ende 2017 mindestens 82,8 Millionen Menschen**

Diese Schätzung veröffentlichte das Statistische Bundesamt. Das waren etwa 300.000 mehr als Ende 2016.

► **Mehr als 15 Millionen Bahnfahrkarten online oder per Handy**

Das waren 2017 über 39 Prozent aller Fahrkarten. Die dabei erzielten Einnahmen stiegen erstmals auf über drei Milliarden Euro. Als häufigste wurde die Strecke Berlin-Hamburg gebucht.

► **Raucher haben auch 2017 die Staatskasse kräftig bedient**

Tabakwaren für 25,9 Milliarden Euro wurden versteuert, für 800 Millionen mehr als im Vorjahr. Seit 1991 ist jedoch der Absatz von Zigaretten hierzulande stark gesunken – damals wurden 146,6 Milliarden Zigaretten versteuert. 2017 waren es nur etwa halb so viele: 76 Milliarden Stück. Die E-Zigaretten sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Über deren Besteuerung ist noch nicht entschieden. Nach verschiedenen Medienberichten spricht sich die EU-Kommission gegen eine solche Steuer aus.

Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer
Mitglieder der Linksfraktion in der
BVV Berlin Mitte **laden ein**

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im **LINKSTREFF**

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding

Neue Schulen für Berlin

Von maroden Dächern bis zu nicht benutzbaren Toiletten – an Berlins Schulen lassen sich die Folgen jahrelangen Investitionsstaus deutlich ablesen. Der rot-rot-grüne Senat hat deshalb eine umfassende Investitionsoffensive für Neubau und Sanierung von Schulgebäuden aufgesetzt.

Binnen 10 Jahren sollen dafür 5,5 Mrd. Euro investiert werden. U. a. sind bis 2019 Ergänzungsbauten an 73 Schulen geplant, 33 davon wurden bereits 2017 fertiggestellt. Darüber hinaus werden 59 Schulen neu gebaut.

Aktuell sieht die Haushaltslage zwar günstig aus, doch ab 2020 greift die Schuldenbremse, die dem Land die Aufnahme neuer Schulden verbietet. DIE LINKE hat sich im Bund von Anfang an gegen die Schuldenbremse eingesetzt. Doch vorerst muss Berlin mit dieser Vorgabe umgehen.

Die Koalitionsparteien haben sich daher auf folgendes Vorgehen geeinigt: Während die meisten Maßnahmen von den Bezirken, ggf. mit Landesunterstützung, abgewickelt werden, sollen Maßnahmen mit Kosten über 10 Mio. Euro auf Landesebene verantwortet werden. Hierfür ist die Gründung einer Gesellschaft geplant, die Bau und Sanierung realisiert, sofern die regulären Haushaltsmittel nicht ausreichen.

Diese Gesellschaft soll zu 100 Prozent in öffentlichem Eigentum, aber in privater Rechtsform organisiert sein, um trotz Schuldenbremse neue Kredite aufnehmen zu können. Hierfür bekommt sie die Grundstücke zeitweise als Sicherheit für die Kreditaufnahme verpachtet. Das Land erhält die Grundstücke nach Ablauf der Pachtverträge ohne finanzielle Belastungen, aber mit neu gebauten bzw. sanierten Schulen zurück.

In Teilen der Bevölkerung bestehen Sorgen vor fehlender Kontrolle der geplanten Gesellschaft sowie vor einer drohenden Privatisierung der Schulen. Aktuell läuft daher eine Volksinitiative gegen die Schulbaugesellschaft. Diesen Befürchtungen will der Senat durch das Vorhaben

begegnen, die Verträge der Gesellschaft von Anfang an öffentlich zu machen. Eine weitere Möglichkeit liegt in der Aufnahme einer Privatisierungsbremse in die Landesverfassung. Hierfür reichen zwar aktuell die



Investitionsoffensive für Neubau und Sanierung

Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus nicht aus, doch ein eventuelles Volksbegehren in dieser Richtung könnte sich vollster Unterstützung der LINKEN sicher sein. Die Diskussion zwischen den Initiativen und der LINKEN wird auch in Zukunft weitergeführt, um die besten Wege zur Stärkung öffentlichen Eigentums zu finden.

Markus Wollina

»Alles wird besser, nichts wird gut – Musik + Politik um 1990«
Ausstellung, Gespräch, Liederkino, Konzert –
Hans-Eckardt Wenzel, Steffen Mensching

»Wessen Welt ...« Ryan Harvey, Kareem Samara,
Shireen Lillith, Calum Baird, Strom & Wasser

»Liederpodium« Dennis B. Markheim, Dew Decker,
Elternhaus Ost, Dylan 42, Johanna Zeul

»Liederbestenliste präsentiert« Wolfgang Rieck,
Tobias Thiele, Annika von Trier,
Rüdiger Bierhorst

Festival Musik + Politik

23.-25.2.2018 Berlin
WABE, Jugendtheateretage

Die Winterklage

Berlins Charme ist wetteranfällig. Die ersten Wochen des neuen Jahres wird gemeckert. Man rutscht, hustet, schnupft und amüsiert sich. Die Tage tragen hässliches Grau, Abende sind finster, gelegentlich stürmt es weiße Flocken.

Trottoirs glänzen in schmutzigem Regenwasser. Was Kunst- und Kulturnischen angeht - der Zulauf ist gewährt. Bücher, Fernsehen und Kino trotzen der falschen Erinnerung, dass das frühere Berlin im Winter eine dicke Decke aus Schnee trug.

Der Berliner Winter war zumindest zwischen 1895 und 1900 nicht anders als heute. Das notiert Alfred Kerr in seinen „Berliner Briefen“, die ich im Antiquariat Ackerstraße erwarb. Er lästert, ziseliert, verallgemeinert, tratscht, kritisiert, lobt, verlacht. genießt und verreißt Winterbälle, Ausstellungen, Theater, Skandale, Korruption und Ehebruch. Berliner Piefigkeit blüht, politische Ranküne und Intrige sind ihm allgegenwärtig. Berlins bürokratischer Mief stört, und die Potsdamer Straße wird wegen zunehmenden Verkehrs erweitert. Man flaniert, wirft Blicke, geht ins

Café. So ist das westliche Berlin, dazu gehören Potsdamer Platz, die Linden nebst Umgebung und der weite Gendarmenmarkt. Man ist zu Dinern eingeladen. Das Bürgertum stellt sich aus. Fontane ist noch da. Der Kaiser regiert. Kleider machen Leute. „Seltsam verfließt das Leben in dieser abendlich dunklen, doch von erleuchteten Fenstern melancholisch beleuchteten Stadt.“

Melancholie! Dabei hat sich Berlins Mitte gerade zur Fashion-Week verkleidet. Dünn aufgeschossene Männer bibbern, verkürzte helle Nankinghosen lenken den Blick auf schmale Fesseln, knappe Weißsocken scheinen dem Schuh verwachsen. Man trägt nacktes Bein. Die Berliner Kälte beißt in die Waden. Als weibliches Pendant gibt es dunkle Marlene-Hosen zu weißen Sneakers. Breite Mäntel wehen.

Auch die Hochkultur lässt sich feiern. Der Bebel-Platz ist wie früher von rosiger Staatsoper und Kommode gesäumt, aus Betonquadern werden Bänke werden. Ich gehe ins Mittagskonzert. Im Boulez-Saal spielen Barenboims begnadete junge Musikerinnen



Reminiszenz an vergangene Weihnacht

und Musiker Barock und Romantik. Das bürgerliche Publikum applaudiert begeistert. Wohin geht man im Januar zum Lunch? Ein Alfred Kerr würde es wissen.

Irene Runge

Kunstgeflechte im Wedding

Wer den Wedding kennt weiß, dass dort mit wenig Eyecatchern bezüglich Graffiti und mehr zu rechnen sei. Ein graues Netz an Straßen, das es zu durchqueren gilt.

Ähnlich vernetzt findet man sich dort nicht nur an den gegebenen, wenn auch seltenen Internethotspots: Die junge Künstlerin Angeles Alarcón vernetzt zum Beispiel mit ihren Tuschezeichnungen filigrane Linien zu Geflechtem, die einen Stoff oder ein Gewebe bilden sollen.

So vergleicht sie damit nicht nur das Tuschegeflecht feiner Linien, sondern auch das soziale Netz, das es ihr erlaubt, Teil der Wedding Künstler Szene zu sein. Netzwerk hingegen braucht man, um im Wedding kleine Ausstellungsmöglichkeiten für junge Künstler zu schaffen. Wer durch den Wedding wandert, findet eher ein nettes Straßencafé als aufstrebende Galeristen oder Galeristinnen. So ist es um so erfreulicher, wenn jungen Talenten bei ‚Made in Wedding‘ die Möglichkeit gegeben wird, ihre Exponate auszustellen.

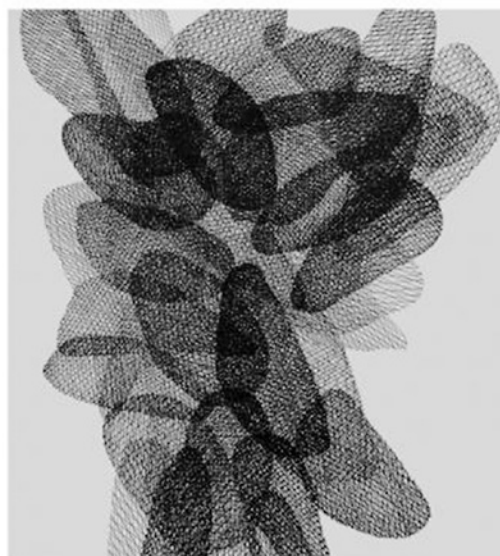
Die junge Künstlerin Angeles nahm so ihre Chance wahr und beglückte mit ihrer Ausstellung „Tramas“ zum 5.01.2018 ein gemischtes Publikum aus jung und alt. Die

filigranen Zeichnungen überzeugten in ihrer Geflechtstruktur, die immer ein wenig an Strukturen aus Natur und Umwelt angelehnt waren. So eine Zwillingsschneiderei-Zeichnung aus rosa und dunkler Tusche, die an einen Haufen Steine am Wasserufer erinnern soll. Die Künstlerin sei fasziniert von Netzen, Geflechtem, die ihrer Ausstellung in der Koloniestraße jenen Namen der ‚Trama‘ verlieh. Kunst – mit dem Schwerpunkt der Malerei studierte die junge Angeles, die ebenso davon absieht, die Sprühdose an der Hauswand zu zücken wie alle anderen.

So scheint es, zumindest wenn man das breite Straßengeflecht Weddings durchkreuzt. Sind in Mitte noch große Portraits von südamerikanischen Künstlern und Dichtern an Hauswänden projiziert, so findet man im Wedding wenige solcher Street-Art-Projekte. Dafür aber vereinzelte Galerien, die man im Internet unter ‚Kunst im Wedding‘ ersehen kann. Angeles hat durch die Ausstellung sicher einen ersten Schritt in das Künstlernetzwerk Weddings getan.

Ihre Ausstellung war ein voller Erfolg und die filigranen Gemälde ein tolles Geflecht an künstlerischer Bereicherung für einen jeden Rezipienten.

Sarah Suchy



TRAMA Ausstellung Angeles Alarcón
 VERNISSAGE 05.01.2018 ab 19:00 Uhr
 AUSSTELLUNGSDAUER 06.01.2018 - 26.01.2018 Mo.-Fr. 10-18 Uhr
 made in wedding / Koloniestr. 120 13359 / www.made-in-wedding.de

Aus dem Abgeordnetenhaus

Kälte, Hilfe, Lösungen

In Berlin leben Tausende Menschen auf der Straße. Die Zahlen sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Waren es noch vor einiger Zeit vorwiegend Männer, sieht man nun mehr und mehr Frauen, auch Familien, die ohne Wohnung sind. Die meisten von uns haben sich sicher schon oft die Frage gestellt, wie man draußen bei Temperaturen unter Null durchhält.

Wohnungslosigkeit ist politisch nicht vertretbar. Dieser Satz ändert aber erst einmal nichts daran, dass es sie gibt und das Problem größer wird. Es ist völlig egal, welche Sprache jemand spricht und aus welchem Grund er oder sie ohne Bleibe ist. Geholfen werden muss. Wir haben im Landeshaushalt die Mittel für die Wohnungslosenhilfe verdreifacht und die Kältehilfe ausgebaut. Wir haben die Straßensozialarbeit und die Bahnhofsmision gestärkt. Klar ist, dies alles sind Hilfen für jenen Zeitpunkt, da das Kind bereits im Brunnen liegt. Ziel muss sein, Wohnungslosigkeit zu verhindern, nicht nur zu lindern, wenn jemand davon betroffen ist. Linderung nicht zu ermöglichen und darauf zu warten, dass sich die Dinge bessern

und die Temperaturen steigen, wäre allerdings unterlassene Hilfeleistung. Also müssen wir beides tun.

Ab diesem Jahr finanzieren wir eine präventive Energieschuldenberatung, denn diese Schulden sind oft das Einfallstor für Wohnungslosigkeit. Wir bauen die Schuldner-, Insolvenz- und unabhängige Sozialberatung in den Bezirken aus.

Im Januar hat unsere Senatorin Elke Breitenbach eine Strategiekonferenz veranstaltet, auf der eine Neufassung der Leitlinien der Wohnungslosenhilfe vorgestellt wurde. Leitlinien, nun ja, werden manche sagen. Aber wenn mit diesem Prozess das Ziel verbunden ist, Wohnungslosigkeit zu verhindern, reden wir hier eben nicht von Kosmetik und schönen Worten.

Wir dürfen und werden uns nicht daran gewöhnen, dass Menschen unter Brücken, in Parks, in U-Bahnhöfen, Hauseingängen, unter Balkonen, auf Bänken schlafen. Bundesweit, so



Foto: Rico Prauss

Handelt für Berlin: Fraktionschefin Carola Bluhm

wird geschätzt, sind rund 860.000 Menschen wohnungslos. Verlässlich sind die Zahlen nicht. DIE LINKE fordert seit vielen Jahren eine verlässliche bundesweite Wohnungsnotfallstatistik. Mit solchen Dingen verhält es sich allerdings ähnlich wie mit Armuts- und Reichtumsberichten. Mag niemand hören und lesen und wenn sie dann doch entstehen, wird noch ein bisschen geschönt, damit es sich nicht so schlimm liest. Wir werden weiter fordern und in Berlin werden wir handeln.

Carola Bluhm

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat findet eine Beratung zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sichere Kommunikation statt. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

Jeden 2. Donnerstag im Linkstreff, zwischen 19 und 21 Uhr, in der Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

Bürgerbüro – Carola Bluhm – Katrin Seidel – Udo Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin

Telefon: 030 – 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de

www.linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag: 12 bis 14 Uhr
Mittwoch: 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr
Donnerstag: 17 bis 20 Uhr
und nach Vereinbarung

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen**

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,
Tel.: 28705751

jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14.00 bis 16.00 Uhr
kostenlose Mieterberatung
im Karl-Liebknecht-Haus, Raum 523,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen
Die Redaktion der „mittendrin“

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 94. Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer
zum 91. Eva Gumpel, Horst Tinz
zum 90. Anneliese Lindner
zum 89. Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr
zum 88. Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
zum 86. Katharina Prosetzky
zum 85. Günter Fuhrmann, Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk
zum 84. Werner Vogel, Annemarie Wenzel
zum 83. Günter Poppe
zum 82. Rolf Richter, Käthe Wetzel
zum 81. Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein
zum 75. Heidemarie Grunow, Madlen Hackenschmidt
zum 70. Ilona Meusel

Das ist das Letzte

Die SPD-Basis probt den Aufstand gegen den Vorstand. Nur 56 Prozent von 600 Delegierten sagten „Ja“ zu Koalitionsverhandlungen mit der Union. In Berlin stand es 21 zu 8 für „NO GROKO!“ Da stehen hinter jedem Buchstaben bittere Erfahrungen. Zum Beispiel als Schröder sich zum Stallknecht der Merkelei machte und dann die Hartz-IV-Opfer zu klagen angingen. Die beteiligten „Volksparteien“ verloren viel Wahlvolk. Danach drohte das ganz böse Gespenst einer Linkskoalition von SPD, Linken und Grünen. Solch ein Rettungsschiff durfte aber um Himmels Willen nicht vom Stapel laufen! Da käme es zur Reichensteuer, zur Bürgerversicherung, zur Anhebung der Frauenlöhne und Mieterrechte. Auch zum Brückenbau nach Osteuropa und Afrika - aber ohne Stahlhelm.

Das alles schien den Herrschenden, die mit breitem Hintern auf ihren übervollen Treppen hocken (2016/17 plus 22%!) gänzlich unannehmbar. Drum ließ die FDP das Schiff nach Jamaika auf Grund laufen. Drum gingen die Bayerischen Schützengilden zum Schutz der Staats- und Höchstgrenzen in Stellung: Die SPD solle sich schämen, das Vaterland im Stich zu lassen! Und schon schlich Schulz zur Sondierung. Er war entzückt, wieviel Bockwurst Mutti Merkel in die Kartoffelsuppe warf. Doch 279 Delegierte mahnten nun: Es geht nicht um die Würste, sondern um die Wurstfabriken und deren Maximalprofit! Die DAX-Werte der Börse stiegen um 14%, aber die Metallarbeiter sollen sich mit 2 % begnügen? Das Protokoll der Sondierung hat zu viele Fallgruben! Das wird weder Aufbruch noch Umbruch! Jetzt muss Tacheles geredet werden!

Dieser Streit wirft dicke Blasen. CSU-Maut- und Maul-Minister Dobrindt hoffte vergeblich, dass Schulz den „Zwergen-Aufstand“ seiner Mannschaft „in den Griff“ bekommt. Ist das Demokratie in Lederhosen? Schulz lobte den Streit als Beweis der Lebendigkeit der SPD. Nun ja – wenn das der Maßstab ist, dann können sich auch die Linken was einbilden! Da geht das „Keulenwerfen“ ebenso munter wie verdrießlich weiter, obwohl die Kronen der Herrschenden auf der Straße liegen.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 23.01.2018

Ausgabetag für Nr. 03/2018 - 01.03.2018

Bilderrätsel mit Gewinnchance

auf ein professionelles **Fotoshooting** im Wert von 200 Euro, wenn ihr erratet, wo der Fotograf bei der Aufnahme dieses Fotos stand.



Unter allen richtigen Antworten entscheidet das Los. Einsendungen bitte an DIE LINKE, Berlin-Mitte, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder info@dielinke-berlin-mitte.de **Einsendeschluss ist der 23. Februar.**

Der Name des Gewinners erscheint in der nächsten Ausgabe.

Initialzündung 2018: Workshop-Tag Programm- und Aktionsentwicklung

Mach mit, wir wollen unsere Stadt sozial gerechter machen!

Wenn Du Lust hast, für 2018 Ideen, Aktionen und Projekte zu entwickeln und zu realisieren, dann komm unbedingt vorbei. Gemeinsam wollen wir unsere Herzensthemen sammeln, Ideen zur Umsetzung entwickeln und dann in die Hände spucken und die Sache anpacken!

Wie wollen wir das machen?

Nach einleitendem Kennenlernen werden wir gemeinsam Brainstormen, Schwerpunkte setzen, diese diskutieren, zusammenfassen und anschließend Aktionsgruppen bilden. Natürlich gibt es zwischendurch eine Pause mit leckerem Essen (kostenlos).

Und solltest Du erst kurz oder gar kein Mitglied sein, bist Du erst recht genau richtig, weil dieser Workshop-Tag beste Möglichkeiten bietet, uns als DIE LINKE kennen zu lernen.

Wann und wo?

Samstag, 17.02.2017 von 10:00 – 16:00

REFO-Campus, Beusselstraße 35 (Eingang Kirche), S-Bahn und TXL Beusselstraße

**Wahlkreisbüro Tobias Schulze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses**

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof
Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
buerlo.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr

Mittwoch 13 – 18 Uhr

Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de

www.tobiasschulze.berlin

Twitter: @sprengbuero